

Leonore Gewessler, BA
 Bundesministerin

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2022-0.295.124

. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Amesbauer und weitere Abgeordnete haben am 20. April 2022 unter der **Nr. 10725/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Fortschritt beim Semmering-Basistunnel - Folgeanfrage gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Wann wurden Sie konkret von den geologischen Problemen, die nun zur Verzögerung bis mindestens 2030 führen, in Kenntnis gesetzt?*

Die ÖBB-Infrastruktur AG hat uns im April 2022 darüber informiert, dass nach einer eingehenden Analyse aller Faktoren eine Verlängerung der Sondermaßnahmen im Bereich Grasberg (Bauabschnitt Gloggnitz) unumgänglich ist und somit die Inbetriebnahme des Semmering-Basistunnels 2028 nicht möglich sein wird.

Zu Frage 2:

- *Seit wann sind den Baustellenverantwortlichen diese geologischen Probleme, die nun zur Verzögerung bis mindestens 2030 führen, bekannt?*

Im Zuge der laufenden Analyse des Baufortschritts aller Bauabschnitte wurde im Februar 2022 sichtbar, dass weitere Zusatzmaßnahmen im Bereich Grasberg (zusätzliche Injektionsschirme) erforderlich sind. Daraufhin wurde eine vertiefende Analyse durchgeführt, ob der Termin der Inbetriebnahme 2028 trotzdem noch möglich sein könnte. Im April 2022 war dann nach Abschluss dieser Analysen klar, dass eine Verlängerung der Sondermaßnahmen in einem Ausmaß notwendig ist, dass die Inbetriebnahme 2028 nicht möglich ist.

Zu den Frage 3 und 4:

- *Gibt es aktuell - wie vielerorts - auch Lieferengpässe bei den benötigten Rohstoffen bzw. Baumaterialien?*
- *Wenn ja, welchen Beitrag leisten diese zur Verzögerung der Fertigstellung?*

Aktuell liegen beim Semmering-Basistunnel keine signifikanten Lieferengpässe bei Rohstoffen oder Baumaterialien vor.

Zu Frage 5:

- *Wenn nein, sind an der neuerlichen Verzögerung ausschließlich die geologischen Probleme im Bereich Grassberg schuld?*

Die Bauzeitverlängerung ist ausschließlich auf die Verlängerungen der Sondermaßnahmen im Bereich Grasberg zurückzuführen.

Zu Frage 6:

- *Inwiefern ist man auf möglicherweise noch entstehende Lieferengpässe gegebenenfalls vorbereitet, um weitere Verzögerungen zu verhindern?*

Aufgrund des derzeit nicht abschätzbaren globalen Umfeldes, nicht zuletzt aufgrund des Krieges in der Ukraine, sind künftige Lieferengpässe nicht ausgeschlossen. Es werden aber alle möglichen Maßnahmen gesetzt und auch in Zukunft gesetzt werden, um Lieferverzögerungen so weit wie möglich auszuschließen bzw. die Auswirkungen zu minimieren.

Zu Frage 7:

- *Laut Bericht fallen aufgrund der Verzögerung sowie der Preisentwicklung insgesamt 360 Millionen Mehrkosten an. Wie setzen sich diese konkret zusammen?*

Rund die Hälfte der Mehrkosten ergeben sich aus der Verlängerung der Sondermaßnahmen (Injektionen) im Bereich Grasberg um mehrere Monate sowie aus weiteren geologisch bedingten Erschwernissen in den Baulosen Fröschnitzgraben und Grautschenhof, die jedoch nicht am zeitkritischen Weg liegen. Die zweite Hälfte der Mehrkosten ergibt sich aus Preissteigerungen aufgrund der globalen Teuerungswelle. Das betrifft vor allem die Bereich Stahl, Energie und Zement.

Zu den Frage 8 bis 10:

- *Laut Bericht fallen durch die Verzögerung rund 180 Millionen der insgesamt 360 Millionen Euro Mehrkosten an. Wären die geologischen Probleme mit einem höheren finanziellen Aufwand rascher zu bewältigen?*
- *Wenn ja, inwiefern?*
- *Wenn ja, warum werden diese finanziellen Mittel nicht zur Verfügung gestellt?*

Die rund € 180 Mio. fallen aufgrund der notwendigen Sondermaßnahmen an, verursacht durch die äußerst schwierigen geologischen Verhältnisse im Berg. Als Folge der Maßnahmen verlängert sich auch die Bauzeit. Ein höherer finanzieller Aufwand hätte die Bauzeitverlängerung nicht verhindern können.

Zu Frage 11:

- *Laut Bericht fallen 180 Millionen der insgesamt 360 Millionen Euro Mehrkosten aufgrund der Teuerung von Rohstoff- bzw. Energiepreisen an. Inwiefern ist dabei ein weiterer Anstieg der Teuerungslawine, die auch die Gesamtbevölkerung bereits hart trifft, berücksichtigt?*

Die Mehrkosten von rund € 180 Mio. ergeben sich aufgrund der deutlichen Preisanstiege und basieren auf der derzeitigen Inflations-Prognose. Sollte es zu weiteren deutlichen Preisanstiegen kommen, wären selbstverständlich Kosten für laufende Projekte, nicht nur beim Semmering-Basistunnel, wieder neu zu bewerten.

Leonore Gewessler, BA

